

Meldepflicht als Diskriminierung

Reform des Prostitutionsgesetzes von 2012 wird kontrovers diskutiert

Von Friederike Tinnappel

Pfarrerin Esther Gebhardt wünschte sich am Dienstagabend, dass Prostitution einst genau so der Vergangenheit angehören wird, wie die Sklaverei. Vorerst allerdings gibt es Handlungsbedarf, wie die Vorsitzende des Evangelischen Regionalverbandes auf einer Podiumsdiskussion des Vereins Zonta in der Weißfrauenkirche einräumte. Menschenhandel und Zwangsprostitution machen nach Auffassung vieler Experten eine Reform des 2002 liberalisierten Prostitutionsgesetzes notwendig. Dabei geht es im Wesentlichen um den

Schutz und die Stärkung der Selbstbestimmungsrechte der Frauen, wie Staatssekretär Thomas Metz vom hessischen Justizministerium in seinem „Impulsvortrag“ ausführte.

Kriminalhauptkommissar Jürgen Benz schilderte das Frankfurter Rotlichtmilieu in unmittelbarer Nachbarschaft der Weißfrauenkirche als „abgeschottet“. Es sei „schwer zu entschlüsseln, wer im Hintergrund die Fäden zieht“. Täglich würden sich in Frankfurt etwa 1200 bis 1500 Frauen prostituieren. In den sogenannten Laufhäusern seien vor allem osteuropäische Frauen anzutreffen. Es gebe in den Bordellen aber

auch Südamerikanerinnen und Deutsche. Benz sprach sich für die im neuen Prostituiertengesetz vorgesehene Meldepflicht aus. Sie würde helfen zu erfassen, „wer ist überhaupt hier“. Man könne sie mit einer Beratungspflicht koppeln.

Die Viertelstunde kostet bei Maria 25 Euro, aber sie hat nur sechs Kunden am Tag

Bisweilen wüssten die Frauen nicht einmal, in welcher Stadt sie sich aufhalten. Auch Helga Tauch von „Solwodi“, einem Verein, der Anlaufstellen für Prostituierte

unterhält, sprach sich für eine Meldepflicht aus. Nur wenn sie nachweisen könnten, sich bereits seit einem Jahr in Deutschland aufzuhalten, hätten etwa Bulgarinnen und Rumäninnen Anspruch auf Sozialleistungen. Grundsätzlich forderte Tauch „kein Sexkauf in Deutschland und Europa“.

Für Fabienne Zwankhuizen von „Tamara“ und Juanita Henning von „Dona Carmen“ würde dagegen eine Meldepflicht die Frauen diskriminieren und in ihrer Selbstbestimmung einschränken. Auch die Frage, ob man das Alter für Prostituierte von 18 auf 21 Jahren anheben sollte, wurde

kontrovers diskutiert. Vor Beginn der Debatte wurde ein Film gezeigt, in dem auch betroffene Frauen und Freier zu Wort kamen.

„Alles, was ich hier verdiene, schicke ich nach Hause“, erzählte eine Kolumbianerin, die wie die meisten Prostituierten mit ihrem Einkommen ihre Familie unterstützen möchte. Bei Maria kostet die Viertelstunde 25 Euro, „aber ich habe nur fünf, sechs Kunden am Tag.“ Ein Freier erklärte zum Thema Armutsprostitution, „vielleicht habe ich schon den einen oder anderen Schulranzen oder sogar ein Haus mitfinanziert. Ich nenne das Entwicklungshilfe.“